

Änderungsantrag zum Antrag „Keine Solidarisierung mit Gewalt und Zerstörung!“

AntragstellerInnen: Juso-Hochschulgruppe Hannover

Der Studentische Rat möge beschließen:

Streiche Z.1 bis Ende und ersetze durch:

1. Der studentische Rat der Universität Hannover kritisiert die Räumung des Institutes für vergleichende Irrelevanz (IvI) und fordert die Universität und die Stadt Frankfurt auf, umgehend Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.
2. Wir lehnen eine Spaltung und Illegalisierung der Proteste gegen die Schließung des IvI ab. Es ist nicht die Aufgabe von Demonstrierenden, die staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten.
3. Wir stellen fest, dass Besetzungen eine legitime Protestform sind.
4. Wir fordern alle VertreterInnen der Studierendenschaft auf, sich für das Fortbestehen und die Ausweitung von studentischen Freiräumen einzusetzen.
5. Wir fordern den Asta auf, sich auch zukünftig mit Maßnahmen auseinanderzusetzen wie studentische Freiräume in der Uni Hannover und darüber hinaus zu sichern sind und diese Maßnahmen in enger Absprache mit der Studierendenschaft umzusetzen.
6. Wir kritisieren das Bemühen von kleinen Teilen der verfassten Studierendenschaft der Universität Hannover, die berechtigten Proteste zur Schließung des IvI für eigene parteipolitische Zwecke auszuschlachten und damit den Protestierenden in Frankfurt in den Rücken zu fallen."

Ersetze die Überschrift durch „Solidarität mit dem IvI - für studentische Freiräume, Demokratie und kritischen Gedankenaustausch“.

Begründung:

Zu 1.: Das Institut für vergleichende Irrelevanz (IvI) war seit 2003 ein besetzter Freiraum in einem leerstehenden Gebäude der Universität Frankfurt. Diese wurde 2012 an die Franconofurt verkauft. Im IvI wurden Diskussionen, Parties und Infoveranstaltungen abgehalten - dies ist besonders wichtig für Frankfurt, da es vor Ort kaum andere Orte für systemkritische Diskussionen gibt.

Zu 2.: Die Eskalation der Proteste ist maßgeblich auf das Verhalten der Polizei und der Behörden zurückzuführen. Die VertreterInnen des IvI waren bis zur Räumung und sind auch heute noch an einer auf Verhandlungen basierten Lösung interessiert. Es ist deshalb falsch den Demonstrierenden die Verantwortung für die Eskalation zu geben.

Zu 3.: In einer freiheitlichen Gesellschaft müssen Besetzungen legitimer Bestandteil der politischen Demonstration sein. Es zeigt sich, dass insbesondere Diktaturen und unfreiheitliche Staaten die Demonstrationsfreiheit immer wieder einschränken. Wir dürfen diesen Argumentationen nicht Vorschub leisten.

Besetzungen können für verfolgte Menschen sichere Räume bieten, freie Diskussionen ermöglichen und einen wichtigen Bestandteil für eine demokratische Gesellschaft bieten. In der Geschichte Deutschlands waren Besetzungen immer wieder notwendig um für mehr Demokratie zu sorgen: Die Weimarer Republik wurde mit der Besetzung des Berliner Schlosses erreicht, der Faschismus wurde mit Besetzungen rechter Einrichtungen zu bekämpfen versucht und in der Endphase der DDR waren Besetzungen von Gebäuden und Räumen wichtig, um den Menschen die Möglichkeit zu geben, sich selbst zu entfalten und für eine Überwindung des totalitären Regimes zu kämpfen. Wir sehen uns selbst in einer Tradition mit diesen demokratischen Bewegungen, die häufig von den Studierendenschaften ausgegangen sind.

Zu 4.: An der Uni Hannover müssen wir selbst beobachten, dass Freiräume beschnitten und begrenzt werden. In manchen Fällen ist damit die studentische Selbstverwaltung bereits bedroht. Es ist legitim anzunehmen, dass diese Situation in Zukunft sich noch weiter zuspitzt. Wir müssen deshalb gemeinsam und solidarisch mit den Betroffenen alle Anstrengungen unternehmen, auch in Hannover Freiräume zu erhalten und noch sensibler für die Problematik zu werden.

Zu 5.: Wir sehen es als wichtige und legitime Notwendigkeit an, dass der AStA als ausführendes Organ der Verfassten Studierendenschaften maßgeblich das Vorgehen und die Aktionen dafür organisieren.

Zu 6.: Das Recht zu Demonstrieren darf den Menschen vor Ort nicht abgesprochen werden. Im Gegenteil: Wir müssen uns dafür einsetzen, dass das Demonstrationsrecht in Deutschland nicht weiter eingeschränkt wird. Wir mussten gerade in Niedersachsen in den letzten Jahren bedenkliche Einschränkungen der Demonstrationsfreiheit sehen. Gerade deshalb müssen wir uns gemeinsam allen Bemühungen von Einzelgruppen, die gegen die Interessen der Verfassten Studierendenschaft stehen, entgegenstellen.